

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Sozialblatt für Wilsdruff.

Altanneberg, Pirkensbain, Blankenstein, Braunsdorf, Burghardtswalde, Groitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Kühndorf, Kousbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Logen, Mohorn, Müllig-Roigischen, Munzia, Neufirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Bohrsdorf, Röhrschorf bei Wilsdruff, Roigisch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Untersdorf, Weistropf, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 54 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 15 Pf. pro viergespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger dieselbst.

No. 18.

Dienstag, den 10. Februar 1903.

62 Jahrg

Vor den Wahlen.

Zum Mindesten sind es noch vier volle Monate, die uns von den Neuwahlen zum deutschen Reichstage trennen, aber das Thema kommt mehr und mehr auf die Tagesordnung. Hoffnungen und Wünsche lassen sich in der Politik ebensowenig unterdrücken, wie im bürgerlichen Leben, und hier wie da gehört „klappern zum Handwerk.“ Aller Wahrscheinlichkeit werden die Wahlen, die wie bekannt, diesmal nicht bloß geheim, sondern in Folge der neu beschlossenen Einführung von Brief-Umschlägen für die Wahlzettel ganz geheim sein werden, vor Beginn der Neuerte abgehalten werden; das ist ein Termin, zu welchem man in der Stadt, wie auf dem Lande genügend Zeit hat. Ein Unrecht gegen die Landbevölkerung wäre es gewesen, den Wahltag in die Zeit der eiligen Frühjahrsvorbereitung zu legen, denn solch ein Tag ist nun einmal „angerissen“ und bleibt es auch. Um die Mitte des Juni herum, oder besser, noch ein paar Tage vorher, läßt sich aber Alles einrichten, um der Wahlpflicht genügen zu können.

Es ist voraussehen, daß in diesem Jahre die Wahlbeteiligung im Durchschnitt eine zu vor nie erreichte Höhe haben wird, und wer Gelegenheit hat und sich Mühe giebt, darüber Stimmen aus dem Mittelstand und den Volkskreisen zu hören, der wird dies bestätigt finden. Ueberall heißt es: Diesmal muß Jeder wählen, da darf Niemand zu Hause bleiben! Nun, so bedeutend wird es ja nicht werden, aber jedenfalls recht ansehnlich. Diese Stimmen sind nicht etwa durch die Ankündigung des Reichskanzlers über die Lieferung des Wahlgeheimnisses veranlaßt, sie waren schon früher da. Es ist überhaupt verfehlt, anzunehmen, daß bei dieser Neuerte eine große praktische Bedeutung herauskommen wird. Selbst wenn man annimmt, daß einer Anzahl von Wählern stark zugeredet ist, diesen oder jenem Kandidaten die Stimme zu geben, widerwillige Gemüther finden sich überall. Die Sache wird sich ausgleichen. Ein Streit darüber ist überflüssig, es kann getrost abgewartet werden, was die Thatsachen bringen.

Eine weitere Täuschung wird es sein, wenn auf die Verwendung von Schlagworten in der politischen Wahlreflexe große Erwartungen gesetzt werden. Die große Mehrheit der deutschen Wählerschaft steht heute auf dem Standpunkt des nüchternen Reden-Exemplars, und diese Empfindung ist nach dem Verlauf der letzten tristen Jahre erklärlich. Was der Tag an Sensationen mit sich bringt, das geht nicht gerade zum einen Ohr hinein und zum andern wieder hinaus, es wird bedacht, daß die Wirkung reicht nicht so weit, daß darnach der Ausfall der Reichstagswahlen bestimmt werden könnte oder dadurch nur wesentlich beeinflusst werden dürfte. Mittelstand und breite Volkskreise, die nun einmal die Tausende von Stimmen bringen, haben in erster Reihe an die Sicherung ihrer Existenz zu denken, sie rechnen heute mit den Thatsachen, wie sie dieselben vor Augen haben, und sind zu dem hellen Verständnis gekommen, daß eben diese Thatsachen maßgebend sind, aber nichts Anderes. Es wird heute im Parteifreie oft zu sehr auf die ja nicht immer erfreulichen Verhältnisse in großen Städten und in dicht bevölkerten Industrie-Bezirken hingewiesen, und sie werden zu verallgemeinern versucht, als vorbildlich hingestellt. Daß es aber außerhalb dieser Regionen oft ganz, ganz anders steht, wird zwar im Parteifreie vergessen, indessen von denen gewürdigt, die unter diesen anderen Lebensverhältnissen sich manchmal recht wohl befinden, während von anderswoher laute Klagen erschallen.

Vielmehr macht sich eine leise Besserung in allen bürgerlichen Gewerbe-Kreisen, die sich behutsam entwickelten und nach der Decke zu strecken mußten, bemerkbar, und man erwartet, daß es zum Frühjahr noch erfreulicher sich mit der wechselnden Thätigkeit gestalten wird. Die Arbeiter in diesen Betrieben erkennen auch, wie ihr Nutzen mit dem des Arbeitgebers Hand in Hand geht, sie haben mit eigenen Augen gesehen, mit eigenen Ohren gehört, welche schweren Unzuträglichkeiten der Umschwung in der indu-

striellen Konjunktur zur Folge hatte. Sie sind vorsichtiger geworden in ihren Forderungen, ruhiger in ihrem Denken. Und so wenig man es auf den Banken der Heißsporne im Reichstage mehr haben will, es bleibt doch wahr, daß die Neigung zu Ruhe und Frieden im deutschen Volke um so größer wird, je mehr Ruhe und Frieden im Reichstag zu leiden beginnen. Und wenn etwas dazu beigetragen hat, die politischen Fanatiker in Deutschland um ihren Anhang zu bringen, so waren es die bekannten unerquicklichen Parliaments-Szenen. Wir wollen uns hüten, einen bestimmten Wahlausfall vorauszusagen, aber wir wollen daran erinnern, daß jeder Bürger ernst und stetig für das Wirken soll, was kommen muß, wenn wir vernünftige Lebensbedingungen zu Hause, Respect gegenüber dem Auslande uns bewahren wollen.

Politische Rundschau.

Vom deutschen Kaiserhofe. Kommenden Mittwoch wird der zweite große Fußball im Berliner Schloß stattfinden, an welchem sich auch die ältesten kaiserlichen Prinzen wieder als flotte Tänzer betheiligen werden. Die großen Berliner Mode- und verwandten Geschäfte kommen nach drei stillen Jahren zum ersten Male wieder durch die Hoffestlichkeiten auf ihre Rechnung. Im Vorjahre unterblieben die Bälle in Folge des noch andauernden Trauerjahres um die Kaiserin Friedrich, vor zwei Jahren starb die Königin Viktoria von England, des Kaisers Großmutter, unmittelbar vor Beginn der Ballsaison, und vor drei Jahren ebenso die Mutter der Kaiserin, die Herzogin Adelheid von Schleswig-Holstein. Durch die Nichtverwendung zahlreicher beschaffter Luxus-Artikel erlitt die Geschäftswelt damals sehr harte Salage.

Der Reichstag brachte am Freitag die weitwichtigste allgemeine Debatte, welche sich schon am 3. Februar beim Spezialetat des Reichskanzlers entsponnen hatte, endlich zum Abschluß. Der erste Redner vom Tage, Abg. Köfide-Kaiserlautern (Bund der Landw.), wartete mit Beschwerden und Forderungen auf, die sich hauptsächlich auf die Begünstigung des englischen und russischen Zuckers durch die Brüsseler Zuckerkonvention und auf die kanadische Weizenanfuhr bezogen, in welchen Maßnahmen der Redner eine empfindliche Schädigung der deutschen Landwirtschaft erblickte. Den betreffenden Darlegungen des genannten Abgeordneten traten der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr v. Richthofen, und der Staatssekretär im Reichsamte des Inneren, Graf Posadowsky, entgegen. Hierauf ergingen sich die Abgeordneten Hug (Zentr.) und v. Kardoff (Reichsp.) in zollpolitischen Bemerkungen, dann hielt der Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg (Antisemit) eine längere Rede, in der er besonders den von ihm schon neulich erörterten Nichtempfang der Voerengeneräle durch den Kaiser wiederum unter Vorstößen gegen die Regierung behandelte. Nachdem nun weiter die Abgeordneten Padschke (r. Vereinig.), Franken (nat.-lib.) und v. Garlinski (Vole) gesprochen, ergriff Reichskanzler Graf Bülow das Wort zu einer größeren Rede. In derselben wies er gegenüber dem Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg darauf hin, wie die Voerengeneräle selber durch ihre noch immer unaufgeklärte plötzliche Sinnesänderung die Audienz beim Kaiser unmöglich gemacht hätten. Des Weiteren kennzeichnete er die schwierige Stellung der deutschen Unterhändler bei den herangehenden Handelsvertragsunterhandlungen und verbreitete sich schließlich über das Thema: „Zolltarif, Landwirtschaft, Bund der Landwirthe“. Nochmals betonte hierbei der Kanzler, wie der neue Zolltarif gerade der Landwirtschaft in erster Linie zu Gute kommen werde, und trat dem oppositionellen Verhalten des Bundes der Landwirthe gegenüber dem neuen Zolltarif mit Entschiedenheit entgegen. Zuletzt ließ sich Graf Bülow in humoristisch angehauchter Form über das Kompromiß zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien des Reichstages in der Zolltarifangelegenheit und seine eigene Rolle hierbei vernehmen. Nach der Bülow'schen Rede endete die Sitzung mit Genehmigung des Etats des Reichskanzlers und der

Reichskanzler. Am Sonnabend trat der Reichstag in die Beratung des umfangreichen Etats des Reichsamtes des Inneren ein.

Die am Sonnabend begonnene Spezialberatung des Etats des Reichsamtes des Inneren durch den Reichstag hat sich zunächst zu einer allgemeinen sozialpolitischen Debatte gestaltet. Sie wurde vom Centrum abgeordneten Trimborn eröffnet, der sich zunächst in zollpolitischen Rückblicken und Ausblicken erging, hierbei die auf Antrag des Centrum vom Reichstage beschlossene Verwendung eines Theiles der künftigen Mehreinnahmen aus der Zollverwaltung zu Gunsten einer Wittwen- und Waisenversicherung für die Arbeiter nochmals verteidigend. Im Weiteren besprach der Centrumredner vorwiegend die im vorigen Jahre ergangenen sozialpolitischen Verordnungen, mit dem Wunsche schließend, es möchte auf sozialpolitischem Gebiet wieder Schwung in die Bewegung der Geister kommen. Der nun folgende Abgeordnete Köfide-Deffau von der freistündigen Vereinigung wandte sich gegen die Scharfmacherei auf sozialpolitischem Gebiete, forderte genügende Siderung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, Förderung der vom kaiserlichen Februarerlaß von 1890 verheißenen Arbeitervertretung, Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, sprach sich aber gegen den zehnstündigen Maximalarbeitstag aus und drückte die Hoffnung auf recht große Erfolge der „Aera“ Bülow-Posadowsky, hinsichtlich der Arbeiterversicherung aus. Der Sozialdemokrat Wurm plaidierte für die von seiner Fraktion beantragte Resolution, betr. Vorlegung eines Gesekentwurfes zur Errichtung einer Reichs-Central-Gewerbe-Aufsichtsbehörde und eines weiteren Gesekentwurfes über die Einführung des zehnstündigen Maximal-Arbeitstages. Im Anschlusse hieran verbreitete er sich über die Nothwendigkeit einer Reform der Gewerbe-Inspektion und forderte geradezu, daß die Gewerbe-Inspektion zur Reichs Sache gemacht werde. Der badische Bundesrathsbevollmächtigte v. Tagemann trat verschiedenen auf badische Dinge und Vorgänge bezüglichen Anträgen des Vorredners entgegen, alsdann verließ sich das Haus.

Die rednerische Rundgebung des Reichskanzlers beim Festmahl des deutschen Landwirtschaftsrathes in Berlin hat mit Recht große Beachtung im Lande gefunden. Denn er hat in dieser seiner Rede ein förmliches agrarpolitisches Programm entwickelt, in dessen Mitte der Satz steht: Verstärkter Zollschatz allein thut es für die deutsche Landwirtschaft durchaus nicht. Vielmehr sollen eine ganze Reihe anderer Maßnahmen, welche die preussische Regierung in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung plant und mit deren Ausführung sie theilweise schon begonnen hat, der einheimischen Landwirtschaft eine gezielte Fortentwicklung ermöglichen und ihr eine dauernde Sicherstellung gewähren. Als solche Maßnahmen nannte Graf Bülow: Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem patten Lande durch neue Schienenwege und beseitigte Straßen, kräftige innere Kolonisation, Hebung des technischen Betriebes der Landwirtschaft, intensive Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, des Genossenschaftswesens, der Landmeliorationen, der Viehzucht u. s. w. Offenbar waren diese Verheißungen in erster Linie an den Bund der Landwirthe gerichtet, wenn auch der Kanzler den Namen dieser einflussreichen Körperschaft nicht nannte; sie können wohl als ein Ausdruck des ernstlichen Wunsches des leitenden Staatsmannes des Reiches und Preußens betrachtet werden, das Tafelbuch zwischen der Regierung und dem Bund der Landwirthe keineswegs zerschnitten zu sehen. In diesem Wunsche werden sich wohl auch die Bundesführer mit dem Reichskanzler begegnen, trotzdem, daß derselbe für die extrem-agrarischen Forderungen nun einmal nicht zu haben ist, wie auch seine erwähnte Rede auf dem Diner des deutschen Landwirtschaftsrathes wiederum erkennen ließ.

König Eduard VII. ist von seinem Influenzaanfall im Allgemeinen wieder hergestellt. Am Freitag Nachmittag konnte er wieder die erste Ausfahrt seit seiner Erkrankung unternehmen, begleitet von der Königin.

Präsident Nojsevelt hat es nochmals abgelehnt,